Anfrage der AfD-Fraktion vom 22.03.2024

Kostenentwicklung bei Flüchtlingen und Asylbewerbern vom 22.03.2024

Die AfD-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Aufgrund der weiter hohen Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern bei gleichzeitig sehr angespannter Haushaltslage bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

Wie hoch waren die Kosten der Stadt für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in den Haushaltsjahren 2021, 2022 und 2023? (Antwort bitte nach Jahren und anhand der jeweiligen Produktgruppen der Haushaltspläne aufschlüsseln.)

Wie hoch sollen diese Kosten laut Haushaltplan für das Jahr 2024 ausfallen?

Wieviel dieser Kosten bekommt die Stadt von Bund oder Land wiedererstattet?

Welche möglichen Einsparpotentiale sieht die Verwaltung?

Stellungnahme:

Zu 1. und 2.:

Die Aufwendungen und die Erträge durch den Bund sowie das Land Nordrhein-Westfalen (Land NRW) in den Jahren 2021, 2022 und 2023 von Transferleistungen für Geflüchtete, Betreuung der Unterkünfte von Geflüchteten und Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten, sowie die Aufwands- und Ertragsplanung 2024, stellen sich wie folgt dar:

Aufwand Produkt 0515

	2021	2022	2023	Plan 2024
Transferleistungen	13.940.758,85 €	20.153.488,72 €	19.135.106,65 €	20.302.000,00 €
Nutzungsgebühren	-1.198.888,00 €	-2.073.507,87 €	-3.465.974,01 €	-2.500.000,00 €
Aufwand	12.741.870,85 €	18.079.980,85 €	15.669.132,64 €	17.802.000,00 €

Der Aufwand mindert sich durch Nutzungsgebühren von Geflüchteten, die keine Leistungen mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, aber noch in den städtischen Unterkünften für Geflüchtete wohnen.

Ertrag Produkt 0515

	2021	2022	2023	Plan 2024
Zuweisungen/Erstattungen	8.350.307,06 €	15.548.013,03 €	5.491.758,49 €	7.600.000,00 €

Die hohen Erträge im Jahr 2022 lassen sich auf die hohe Anzahl von ukrainischen Geflüchteten zurückführen, für die monatlich eine Kostenpauschale in Höhe von 1.125,00 € vom Land NRW gezahlt wird (s. Punkt 3) und Sonderzahlungen des Bundes - weitergeleitet durch das Land NRW - für kommunale Mehrkosten der ukrainischen Flüchtlingsbewegung. Es wurden im Jahr 2022 insgesamt 3.606.157,73 € Bundesmittel über das Land NRW an die Stadt Leverkusen - Fachbereich Soziales - weitergeleitet.

Zu 3.:

Folgende Erträge erhält der Fachbereich Soziales für Leistungen für geflüchtete Menschen:

Pro Person (im Sinne des § 2 Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) in Verbindung mit § 4 Absatz 1 FlüAG) 1.125,00 € pro Monat.

Zu 4:

Der Fachbereich Soziales sieht zurzeit keine Einsparmöglichkeit.

Soziales

25.04.2024